

## **10 Demokratische Kontrolle**

**Mythos:** Die den TTIP-Kritikern unterstellte Behauptung: „Regierungen haben keine Kontrolle darüber, was die Verhandlungsführer aushecken“.

Von der EU-Handelskommission behauptete **Wirklichkeit:** Die Regierungen und die Mitglieder des Europäischen Parlaments spielen im TTIP-Verhandlungsprozess eine zentrale Rolle - und sie haben das letzte Wort“.

### **Die andere Wirklichkeit:**

Die Aussage der EU-Handelskommission verschleiern, dass auf Grund des Lissabonvertrages und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) die tatsächlichen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten der Regierungen und des EU-Parlaments in Wirklichkeit sehr gering sind.

Das trifft besonders auf die Regierungen der Mitgliedsstaaten der EU zu, die zwar durch den Europäischen Rat das Verhandlungsmandat erteilen, die ausschließliche Zuständigkeit für die Verhandlungen und den Abschluss internationaler Abkommen im Rahmen der gemeinsamen Handelspolitik aber bei der EU liegt.

An dieser Stelle noch einmal der Hinweis, auf welche intransparente und demokratisch fragwürdige Weise solche Verhandlungsmandate entstehen, dies ist wie bereits dargestellt, besonders bei TTIP der Fall.

Die Einflussmöglichkeiten beim Zustandekommen des Vertrages sind ebenfalls außerordentlich begrenzt. Schon beim Beschluss über das Verhandlungsmandat sieht der AEUV keine Mitwirkung des EU-Parlaments vor und erlaubt diesem auch nicht, Änderungsvorschläge zum fertig verhandelten Vertragstext einzubringen. Dies soll dadurch kompensiert werden, dass die EU-Handelskommission dem EU-Parlament regelmäßig über den Stand der Verhandlungen Bericht erstatten muss. Das EU-Parlament kann auch Fragen an die Kommission richten und Stellungnahmen abgeben, die für die Kommission jedoch nicht binden sind.

Hinsichtlich der Berichtspflicht der EU-Kommission gibt es aus den Reihen des EU-Parlaments immer wieder Klagen, dass dieser Pflicht seitens der Kommission nicht ausreichend nachgekommen wird.

Richtig ist, dass am Ende sowohl der europäische Rat, als auch das EU-Parlament dem Vertrag zustimmen müssen, ihn umgekehrt auch ablehnen können. Ob die einzelnen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten mitabstimmen werden, ist gegenwärtig noch ungeklärt.

Inzwischen wird sowohl auf der politischen Ebene als auch in der Öffentlichkeit die Forderung nach einer Reform vor allen Dingen des AEUV lauter, da es immer offensichtlicher wird, dass der gesamte Verhandlungsprozess und schon sein Zustandekommen, besonders im Hinblick auf die große Tragweite von TTIP, nicht mehr den von der EU selbst definierten demokratischen Grundwerten gerecht wird.